

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 7. Juli 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträtinnen und Stadträte: Berg  
Bernnat  
Böhringer  
Denzer  
Di Prima  
Höfler (in Vertretung Escher)  
Jaenisch  
Kiefer  
Martin (in Vertretung Wiesiollek)  
Oehler  
Pichlhöfer (in Vertretung Lindemer)  
Salach  
Vogel  
Vogelpohl  
Wernthaler

Entschuldigt: Escher, Glattacker, Lindemer, Wiesiollek

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer  
Fachbereichsleiterin Gerhäuser  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Sproß  
Betriebsleiter Droll  
Betriebsleiter Langela  
Stellv. Betriebsleiter Eberhardt  
Stellv. Fachbereichsleiter Meier  
Frau Gropp  
Frau Müller (bis 18.00 Uhr)  
Frau Trefzer  
Herr Bienhüls  
Herr Elias  
Herr Kramm (bis 18.50 Uhr)

Urkundspersonen: Stadträtin Salach und Stadtrat Di Prima

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

## **TOP 1**

### **Sachstandsbericht über die Ziele im I. und II. Quartal 2016**

**Vorlage: 095/2016**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er gibt an, dass man die Ziele künftig an das, gemäß dem neuen Leitbild veränderte, politische Handeln anpassen werde.

Stadträtin Höfler wolle wissen, ob der Projektantrag hinsichtlich der Förderung einer Bachelor-Thesis nicht mehr weiter durch Interreg unterstützt werde und nicht mehr zustande käme und was es mit dem Konzept für die Haushalts-Konsolidierung auf sich habe. Ebenso müsse der für eine Jumelage vorgesehene Betrag von 43.000,00 Euro kritisch betrachtet werden.

Der Vorsitzende gibt an, dass der Betrag für die Jumelage in der Tat hoch angesetzt worden sei und vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung beleuchtet werden müsse. Man habe den Betrag für die Feier des Jubiläums der Städtepartnerschaft mit Sens vorgeesehen.

Frau Müller erklärt, dass die Grundlagen für den Interreg-Antrag maßgeblich durch die vom Innocel betreute DHBW-Studentin erarbeitet worden seien. Ebenso legte die Studentin abschließend zum Thema des geplanten Projekts ihre Bachelor-Thesis vor. Die durch den Projektträger DHBW Lörrach eingereichte Projektskizze sei jedoch von der Interreg-Arbeitsgruppe nicht für eine Genehmigung empfohlen worden. Eine Entscheidung über die Weiterverfolgung des Projekts mit oder ohne Interregförderung liege bei der DHBW Lörrach.

Stadtrat Oehler gibt an, dass zwei wichtige Dinge im vorgelegten Sachstandsbericht über die Ziele fehlen würden. Zum einen die Suche nach einem künftigen Standort für das Kreiskrankenhaus, zum anderen die Suche nach neuen Baugebieten. Beide Themen müssten intensiv angegangen werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Sachstandsbericht einen Rechenschaftsbericht über die Erreichung der Ziele im vergangenen halben Jahr darstelle. Die Suche nach Neubaugebieten sei in dem Gesamtzielekatalog für 2016 enthalten, ebenso die Suche nach einem künftigen Standort des Kreiskrankenhauses. Da diese beiden Ziele für das Jahresende terminiert seien, würden sie erst im nächsten Sachstandsbericht abgerechnet werden.

Vom Sachstandsbericht der Ziele im I. und II. Quartal 2016 wird Kenntnis genommen.

## **TOP 2**

### **Zielwerte Energie für städtische Gebäude**

#### **Vorlage: 078/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass man sich hinsichtlich der Zielwerte Energie bei städtischen Gebäuden selbstverpflichten wolle. Die Vorlage sei reine Formsache. Die Zielwerte müssten aufgrund von technischen Entwicklungen hin und wieder angepasst werden.

Stadtrat Kiefer erklärt, dass es grundsätzlich gut sei Energie einzusparen. Er vermisse in der Vorlage jedoch die daraus resultierenden Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage.

Stadtrat Berg gibt an, dass es wichtig sei, dass langfristige Zielwerte erhalten bleiben. Die Verwaltung müsse zu jeder Zeit signalisieren, ob und welche Maßnahmen nötig sind, um das Ziel „Klimaneutrale Kommune 2050“ zu erreichen.

Stadtrat Denzer sagt, dass er der Vorlage nicht zustimmen wolle. Es gebe von Seiten des Gesetzgebers bereits genügend Vorgaben. Die Stadt müsse sich an dieser Stelle zurückhalten. Die Regelungen der Energieeinsparverordnung seien absolut ausreichend. Viele Bauherren könnten aufgrund der vielen Regelungen nicht mehr wirtschaftlich agieren.

Der Vorsitzende betont, dass man über Zielwerte entscheide und nicht über konkrete Maßnahmen, weshalb sich keine direkten Auswirkungen auf den Haushalt ergeben. Die Stadt könne durchaus als Vorreiter im Bereich des Klimaschutzes agieren. Konkrete Maßnahmen müssten aber anhand konkreter Projekte diskutiert werden. Die Stadt sei indes mit den städtischen Wohnungsbauunternehmen in ständigem Austausch. Durch Energie sparen erhalte man immer einen großen Benefit.

Stadtrat Denzer plädiert dafür alles zu lassen, wie es ist. Man könne auch einfach objektbezogen handeln. Ein derart unnötiges Regelwerk könne man sich sparen.

Stadtrat Oehler schließt sich seinem Vorredner an. Es gebe schon genügend Gesetze in diesem Bereich. Man müsse stets überlegen, was man sich noch leisten könne.

Stadtrat Berg hält die Diskussion für überflüssig, da man lediglich über Zielwerte beschließen könne.

Herr Bienhüls erläutert anhand verschiedener Grafiken kurz die Thematik der Vorlage.

Der Vorsitzende führt aus, dass man das Ziel „Klimaneutrale Kommune 2050“ nicht aus den Augen verlieren wolle und deswegen die einzelnen Etappen auf diesem Weg abschließen und reflektieren müsse.

Stadtrat Kiefer wolle wissen, warum ein Regelwerk von städtischer Seite nötig sei, wenn bereits ein bundesgesetzliches Regelwerk bestehe. Durch die Vorlage würde man nur unnötig Ressourcen und Haushaltsmittel binden.

Der Vorsitzende hält einen regelmäßigen Sachstandsbericht hinsichtlich der Zielerreichung für notwendig. Hinsichtlich der Zielerreichung „Klimaneutrale Kommune 2050“ bedürfe es einer stetigen Evaluierung. Man müsse stets darüber informiert sei, ob man den eingeschlagenen Weg so weitergehen könne, um das vorgegebene Ziel zu erreichen.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass man sich in Zukunft mehr auf Einsparungen konzentrieren müsse, anstatt auf Ziele, die ohnehin nicht erreicht werden könnten und die zudem unnötig seien.

Der Vorsitzende betont, dass das Ziel „klimaneutrale Kommune 2050“ gesetzt sei.

Herr Bienhüls ergänzt, dass durch das Setzen der Zielwerte kein zusätzlicher Mehraufwand entstehe.

Stadtrat Denzer betont, dass es die Vorlage nicht brauche. Man könne auch durchaus über die Zielerreichung „Klimaneutrale Kommune 2050“ Sachstandsberichte vorlegen. Das Setzen von Zielwerten sei allerdings unnötig.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

1. Für städtische Gebäude werden für Wärme, Strom, Wasser und CO<sub>2</sub>-Emissionen jeweils ein langfristiger und ein alle 5 Jahre zu aktualisierender mittelfristiger Energieverbrauchs-Zielwert festgelegt.
2. Für städtische Gebäude werden folgende Energieverbrauchs-Zielwerte festgelegt:

Wärme: langfristig 35,0 kWh/m<sup>2</sup>a, mittelfristig (2015-2020) 75,0 kWh/m<sup>2</sup>a

Strom: langfristig 10,0 kWh/m<sup>2</sup>a, mittelfristig (2015-2020) 15,5 kWh/m<sup>2</sup>a

Wasser: langfristig 90 l/m<sup>2</sup>a, mittelfristig (2015-2020) 180 l/m<sup>2</sup>a

CO<sub>2</sub>-Emissionen: langfristig 4,0 kg/m<sup>2</sup>a, mittelfristig (2015-2020) 12,0 kg/m<sup>2</sup>a

3. Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales beschließt 2020 und im Folgenden alle 5 Jahre neue mittelfristige Energieverbrauchs-Zielwerte.

### **TOP 3**

#### **Energiestandards Lörrach für städtische Gebäude und bei Grundstücksverkäufen Vorlage: 079/2016**

Der Vorsitzende führt in die Beratung der Vorlage ein und verweist auf den zu Grunde liegenden Beschlussvorschlag. Er erklärt, dass die bisherigen Standards beibehalten werden sollen, für Käufer eine Energieberatung aber verbindlich erfolgen solle.

Stadtrat Kiefer hält die gesetzlich bestimmten Mindeststandards für absolut ausreichend. Hier schaffe die Stadt Probleme für Bauherren, die nur über ein kleines Budget verfügen. Eine Energieberatung könne von der Stadt kostenlos angeboten werden. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage aber nicht zustimmen.

Stadtrat Oehler bekräftigt, dass Bauherren Interesse an günstigem Bauen hätten. Die Regelungen des Gesetzgebers seien absolut ausreichend.

Stadtrat Berg gibt an, dass man das Ziel „Klimaneutrale Kommune 2050“ allein aufgrund bundesgesetzlicher Regelungen bis 2050 nicht erreichen werde. Es gebe keinen Masterplan für Deutschland, aber für Lörrach. In der Beschlussvorlage gehe es lediglich um städtische Gebäude. Diese seien im Jahr 2050 schon wieder als Altbauten zu bezeichnen. Im Endeffekt gehe es auch um die Erreichung der Klimaziele von Paris.

Stadtrat Denzer gibt an, dass er der Vorlage nicht zustimmen wolle.

Stadträtin Cyperrek schließt sich Stadtrat Berg an. Leute, die nur über ein kleines Budget verfügen würden, könnten in Lörrach ohnehin nicht bauen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die geltenden Standards beim Verkauf städtischer Grundstücke nicht aufgeweicht würden, man diese aber auch nicht verschärfe. Die Standards seien in realistischer Höhe angesetzt. Man orientiere sich bereits an Werten, welche die Europäische Union in der Niedrigenergie richtlinie anpeile, welche im Jahr 2019 für öffentliche und im Jahr 2021 für private Gebäude in nationalen Gesetzen umgesetzt werden solle.

Stadtrat Kiefer stellt einen Antrag auf getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags. Es dürfe nicht noch mehr Restriktionen geben. Die Bürgerinnen und Bürger würden sich bereits an gesetzliche Vorschriften halten.

Stadtrat Böhringer betont, dass bald ohnehin alles „den Bach runter gehe“, wenn die Stadt am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen sei.

Der Ausschuss stimmt sodann getrennt über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlags ab:

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst bei 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

1. Beim Verkauf städtischer Grundstücke für gewerbliche Nichtwohngebäude sowie Wohngebäude gelten weiterhin die bisherigen Standards (Seite 7). Es erfolgt lediglich eine redaktionelle und rechnerische Anpassung an die ENEV 2014.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

2. Es wird für Käufer eine verbindliche Energieberatung bei der Stadt Lörrach über die erhöhten Standards und deren Fördermöglichkeiten in die Kaufverträge übernommen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

3. Für städtische Gebäude gilt ab dem 01.08.2016 der Energiestandard SEE Plus als anzustrebender und der Energiestandard SEE Min als mindestens einzuhaltender Standard.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst bei 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie „Energiestandards Lörrach“ vom Mai 2010 bzgl. der Energiestandards entsprechend zu aktualisieren.

## **TOP 4**

### **Energiestandard und Wärmeversorgung im Neubaugebiet Belist**

#### **Vorlage: 057/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass der Ortschaftsrat Haagen der Vorlage bereits zugestimmt habe. Die Zustimmung sei mit einem klaren Auftrag an die Verwaltung einhergegangen. Diese solle nun prüfen, ob und inwiefern das Neubaugebiet an ein Nahwärmenetz angeschlossen und durch dieses versorgt werden könne. Man habe mit den verantwortlichen Gas- und Wärmeversorgern Gespräche geführt und dabei habe sich herausgestellt, dass diese zu einer Versorgung des Neubaugebiets aus wirtschaftlichen Gründen nicht bereit seien. So würden nur die Einrichtung von Wärmepumpen und eine Wärmeversorgung mittels Pellets als mögliche Lösungen übrig bleiben. Bis zur kommenden Sitzung des Gemeinderats solle eine abschließende Prüfung vorgenommen werden.

Herr Bienhüls führt nochmals vertieft in die Thematik der Vorlage ein und erklärt den Plusenergiestandard im Neubaugebiet Belist.

Stadtrat Kiefer erklärt, dass die Regelungen der Baugesetzgebung absolut ausreichend seien. Man dürfe den Bürgern nicht etwas aufzwingen, was diese sich nicht leisten können.

Stadtrat Oehler fordert die Einrichtung einer zentralen Wärmeversorgung. Die Versorgungssicherheit dürfe nicht gefährdet werden.

Stadtrat Berg gibt an, dass er klar zu dem Beschluss aus dem Jahr 2013 stehe und das Ziel „Klimaneutrale Kommune 2050“ erreichen wolle. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Denzer gibt an, dass Energie sparen grundsätzlich gut ist, dies aber auf sinnvolle Art und Weise geschehen müsse.

Stadträtin Höfler sagt, dass eine zentrale Wärmeversorgung lange Zeit gefordert worden sei. Sie wolle wissen, warum man nun eine dezentrale Versorgung favorisiere.

Stadträtin Cyperek schließt sich ihrer Vorrednerin an. Ansonsten wolle sie der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Vogel spricht sich gegen ein zentrales Wärmenetz aus. Der Bürger werde hier schon wieder zu etwas gezwungen. Wirtschaftlichkeit sei hingegen nicht gegeben. Die Bewohner würden zudem abhängig gemacht und müssten sich binden.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass man auch ohne Wärmenetz von anderen Energieversorgern abhängig sei. Ein Problem liege darin, dass in Neubaugebieten mit hohem Energiestandard kein hoher Energieversorgungsbedarf entstehe. Hier ergebe sich für Energieversorger keine hohe Rentabilität.

Herr Bienhüls erläutert nochmals kurz die Vorteile und Nachteile eines Wärmenetzes. Ein Gasnetz werde es im Neubaugebiet Belist sicherlich nicht geben, auch nicht in einer kombinierten Variante. Ansonsten bestehe nur noch die Möglichkeit der Wärmeversorgung durch Holz-Pellets oder durch Wärmepumpen.

Stadtrat Denzer weist auf die Verpflichtungen der Gasversorger hin, die sich aus den entsprechenden Konzessionsverträgen ergeben würden.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass der jeweilige Bauherr über die Energieversorgung entscheiden müsse.

Stadtrat Kiefer bittet um eine Stellungnahme des Energieversorgers zu der Frage, warum keine Gasversorgung im Neubaugebiet Belist verlegt wird.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass sämtliche Diskussionen nicht zielführend seien.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Auf Basis der Primärenergie wird entsprechend der Sitzung des Gemeinderates vom 24.01.2013 der Zielvorgabe Plusenergiestandard zugestimmt und in die Kaufverträge aufgenommen.
  - a) Unter Berücksichtigung der in der Vorlage beschriebenen Randbedingungen für die einzelnen Gebäude im Baugebiet Belist wird der Plusenergiestandard festgeschrieben und Bestandteil der Grundstückskaufverträge.
  - b) Alternativ gilt für Wohngebäude mit mehr als 2 Wohneinheiten und den Geschosswohnungsbau der Niedrigstenergiestandard vorgeschrieben.



## **Erhöhung der Elternbeiträge im Gemeindekindergarten Brombach**

### **Vorlage: 100/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadträtin Jaenisch signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU.

Stadtrat Oehler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadträtin Martin gibt an, dass die Fraktion der Grünen der Vorlage zustimmen wolle. Sie hält die Erhöhung von 10 Prozent jedoch für eine eklatante Erhöhung der Gebühren. Sie wolle wissen, für wie viele Kinder die Erhöhung gelte und wie sich insgesamt die Betreuungszeiten gestalten würden. Sie schlägt vor, Empfänger von Sozialleistungen hinsichtlich der Entrichtung der Gebühren zu entlasten.

Stadtrat Pichlhöfer hält die Erhöhungen für notwendig und wolle der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die wesentlichen Informationen aus der Vorlage ersichtlich seien. Die Erhöhung betreffe 74 Kinder. Die Öffnungszeiten würden sich auf Seite 3 der Vorlage finden. Die Erhöhung der Gebühren halte er nicht für eklatant.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Anlage 3 des Gemeindekindergartens Brombach zu § 8 Abs. 2 der Kindertagesstättenordnung der Stadt Lörrach wird wie folgt geändert:

„Elternbeiträge:

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach hat in der Sitzung vom 26. Juli 2016 mit Wirkung vom 01. Oktober 2016 an, folgende Elternbeiträge für den Besuch des Gemeindekindergartens festgesetzt.

Der monatliche Elternbeitrag für den Gemeindekindergarten Brombach beträgt

für das erste Kind	107,-- €
für das zweite Kind einer Familie bei gleichzeitigem Besuch des Gemeindekindergartens Brombach	64,-- €

Für jedes weitere Kind einer Familie ist bei gleichzeitigem Besuch des Gemeindekindergartens Brombach kein Elternbeitrag zu zahlen.

Die jährlichen Elternbeiträge werden in 12 Monatsraten erhoben. Eine Änderung des Elternbeitrages bleibt vorbehalten.“

2. Die Änderung tritt zum 01.10.2016 in Kraft.

## **TOP 6**

### **Antrag der CDU vom 11.05.2016: Antrag zu Schulentwicklung – Kostenermittlung und Raumbedarf**

**Vorlage: 097/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und gibt an, dass die Verwaltung es für sinnvoll halte, die Kostenberechnungen selbst zu erstellen. Hierfür benötige man keinen externen Planer.

Stadträtin Höfler betont, dass die Kosten nicht erst ermittelt werden dürften, wenn eine Entscheidung bereits getroffen sei, sondern davor. Der Gemeinderat müsse die Kosten der drei Varianten im Blick haben, um eine adäquate Entscheidung treffen zu können.

Stadträtin Cyperrek wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Salach signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Der Vorsitzende bittet darum, den Antrag zurückzuziehen beziehungsweise umzuformulieren. Man wolle die drei Varianten zunächst auf ihre Förderfähigkeit überprüfen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

Der Antrag der CDU vom 11.05.2016 zur externen Vergabe der Kostenermittlung für die Schulentwicklung zum jetzigen Zeitpunkt wird abgelehnt.

## **TOP 7**

### **Aktuelle Unfallhäufungsstellen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Lörrach (Gemarkung Lörrach/Inzlingen)**

**Vorlage: 090/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Die Darstellung der Unfallhäufigkeiten erstreckte sich auf den Zeitraum der Jahre 2013 bis 2015.

Stadträtin Höfler bedankt sich für die Vorlage und freut sich darüber, dass es im besagten Zeitraum nicht zu tödlichen Verkehrsunfällen gekommen sei.

Stadtrat Oehler gibt an, dass gerade die Kreuzung Brühlstraße / Schillerstraße entschärft werden müsse.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für die Vorlage. Die Verkehrssituation in Lörrach müsse permanent verbessert werden. Die Vorlage zeige eben auch nur gemeldete Unfälle auf. Es bestehe weiterhin auch eine Dunkelziffer. Viele Verkehrspunkte müssten künftig aus einer anderen Perspektive betrachtet werden.

Stadtrat Vogel führt aus, dass immer mehr Personen mit den unterschiedlichsten Vehikeln auf der Straße unterwegs seien. Hier müsse die Verwaltung sensibilisieren und auch Präventionsarbeit leisten.

Nach einer weiteren Diskussion, an der sich die Stadträte Böhringer, Jaenisch und Wernthaler sowie Fachbereichsleiter Dullisch sowie der Vorsitzende beteiligen, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

## **TOP 8**

### **Notfallplan Stromausfall**

#### **Vorlage: 089/2016**

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und gibt an, dass man gerade für längerfristige Stromausfälle Vorsorge treffen wolle. Dies sei wichtig, weil gerade durch instabile Netze und zunehmend häufiger auftretende Großschadensereignisse ein Stromausfall immer wahrscheinlicher werde.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Meier erläutert im Folgenden den Notfallplan Stromausfall. Hierbei nimmt er Bezug auf den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage.

Nach einer kurzen Beratung, an der sich die Stadträtinnen und Stadträte Höfler, Oehler, Berg, Denzer Pichlhöfer und Böhringer beteiligen, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Notfallplan Stromausfall wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Notfallplan Stromausfall in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben und jeweils an die aktuellen Gegebenheiten (baulich, technisch u. ä.) anzupassen.

## TOP 9

### Campus Rosenfels - Stettengasse

#### Vorlage: 087/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein und gibt an, dass die bisherige Planung in ihrem Umfang reduziert worden sei.

Fachbereichsleiter Dullisch erläutert kurz den Inhalt der Beschlussvorlage und erklärt, dass man nicht nur die Sanierung der Straße, sondern auch den notwendig werdenden Kanalausbau anvisiere.

Stadträtin Höfler gibt an, dass sich die Fraktion der CDU zunächst noch fraktionsintern abstimmen müsse. Die Fraktion der CDU sei nach wie vor der Meinung, dass man sich die Ausgaben in Höhe von rund 180.000,00 Euro für den vorgesehenen Gehweg sparen könne.

Stadtrat Oehler findet die angepeilte Lösung gut. Der Gehweg müsse nicht zwingend durch einen Bordstein abgegrenzt werden. Gut sei, dass die Parkmauer auf einfache Art und Weise saniert werde.

Stadtrat Wernthaler führt aus, dass die Sanierung der Stettengasse schon lange überfällig sei. In der Straßendatenbank belege die Stettengasse einen der vordersten Ränge. Der Straßenbelag sei indes gefährlich. Die Neugestaltung müsse auch eine städtebauliche Aufwertung mit sich bringen. Hierbei müsse die Stadt jegliche Fördermittel komplett ausschöpfen. Künftig halte er eine Fahrradstraße, aber auch einen kombinierten Rad-Fußweg für möglich. Die Straße werde sehr stark befahren. Es brauche einen abgegrenzten Bordstein, um Konflikte zu vermeiden.

Stadtrat Denzer bedankt sich für die Vorlage. Die vorgelegte Variante sei nun erheblich günstiger. Er wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Höfler gibt an, dass die CDU das Projekt nicht blockieren wolle. Jedoch wolle sich die Fraktion nochmals intern über die Notwendigkeit eines abgegrenzten Gehweges beraten.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass der Gehweg notwendig sei, weil man ansonsten aufgrund fehlender städtebaulicher Aufwertung keine Fördermittel erhalte. Zudem sei die Errichtung eines abgegrenzten Gehweges auch vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit sinnvoll. Die erforderlichen finanziellen Mittel seien als Restmittel bereits im Haushalt veranschlagt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich sowohl am Anfang als auch am Ende der Straße ein abgegrenzter Gehweg befinde. Er würde es für falsch halten, das mittlere Teilstück dazwischen nicht mit einem abgegrenzten Gehweg auszustatten.

Stadtrat Berg hält die Umsetzung der Maßnahme für absolut erforderlich.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei 4 Enthaltungen, einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Planung und Kostenberechnung in Höhe von 302.000 € für Variante 3 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt für die Variante 3 eine Ausführungsplanung zu erstellen und die Ausschreibung vorzubereiten.

#### **TOP 10**

##### **Fahrbahnsanierung Brombacher Straße - Bärenfelser Straße, Querspange Brombach Vorlage: 055/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Die Auftragsvergabe für den Straßenbau an die Firma Oskar Vogel, Eimeldingen zum angebotenen Preis in Höhe von 164.992,36 € wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Sperrzeiten der Brombacher Straße und der Querspange Brombach werden zur Kenntnis genommen.

#### **TOP 11**

##### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

Keine.

#### **TOP 12**

##### **Allgemeine Anfragen**

##### **Bus Stetten-Süd – Walldorfschule**

Stadtrat Berg weist auf eine Mail hin, in der thematisiert wurde, dass es hinsichtlich der Busverbindung zwischen Stetten-Süd und der Walldorfschule Probleme gegeben habe.

Der Vorsitzende erklärt, dass dem Busfahrer die falschen Fahrplanunterlagen vorgelegen seien und es deswegen zu Problemen gekommen sei. Das Problem sei auch von der SWEG erkannt worden.

### **Bewerbung Buslinie 10**

Stadträtin Jaenisch gibt an, dass die Buslinie 10 bisher noch recht mäßig in Anspruch genommen werde. Sie regt an, die Buslinie noch intensiver zu bewerben.

Eigenbetriebsleiter Droll erklärt, dass man hinsichtlich der Etablierung der Buslinie Geduld aufbringen müsse. Der Eigenbetrieb Stadtwerke wolle die Linie zudem weiterhin bewerben.

### **TOP 13 Offenlegungen**

#### TOP 13.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 2. Juni 2016

#### TOP 13.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung der Stadt Lörrach am Donnerstag, 2. Juni 2016

#### TOP 13.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtgrün und Friedhöfe der Stadt Lörrach am Donnerstag, 2. Juni 2016

#### TOP 13.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 2. Juni 2016

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: